

Presseerklärung

Kein Bordell in der Ottostraße!

Diesem Ziel sind wir einen guten Schritt näher gekommen. Auch Dank unserer Aktivitäten hält es jetzt Herr Bayrak nicht mehr für eine gute Idee, ein Bordell in der Ottostraße zu ermöglichen. Wir begrüßen seine Einsicht und werden die Entwicklungen dort weiter genau beobachten.

Außer dem Bordell in der Ottostraße ist jetzt der Straßenstrich, die Armutsprostitution, sowie der Sextourismus in den Fokus der Bürgerinitiative „Durlach gegen Prostitution“ gerückt.

Der Straßenstrich mindert die Lebensqualität für die Anwohnerinnen und Anwohner, sowie für die im Gewerbegebiet arbeitenden Menschen enorm. Unbeteiligte Frauen werden von Freiern nicht nur nach dem Preis gefragt, sondern auch sehr deutlich zu sexuellen Handlungen aufgefordert. Männer werden von Prostituierten bedrängt und belästigt. Jugendliche und Kinder werden mit dem Thema kontinuierlich konfrontiert. Manche Anwohnerinnen und Anwohner müssen es ertragen, zuzuschauen, was in den Autos vor sich geht, in denen die Sexdienste, teilweise direkt hinter Ihrem Haus, erbracht werden.

Einige der Prostituierten sind in einer ehemaligen Pension mitten im Wohngebiet in Durlach-Aue untergebracht und boten laut Berichten zum Teil auch dort ihre Dienste an. In einer von uns durchgeführten Anwohnerversammlung und in persönlichen Gesprächen berichten Anwohnerinnen und Anwohner von ihren Erlebnissen und, dass sie sich mit ihren vorgebrachten Beschwerden nicht ernst genommen fühlen. Wir sammeln nun Beschwerden, leiten diese an die Polizei weiter und sorgen für öffentliche Transparenz (Auszüge auch unter www.durlach-gegen-prostitution.de/beschwerden).

Rund 90% aller Prostituierten in Deutschland zählen zur Armutsprostitution. Schon in ihren Heimatländern, vielfach aus dem Südosten der Europäischen Union, gehören diese Frauen oft zu den Armen und Benachteiligten. Teils von ihren Familien geschickt, teils mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt, werden sie hier unter menschenverachtenden Bedingungen zur Prostitution gezwungen.

Etliche Länder rund um Deutschland haben inzwischen eine Gesetzgebung, die sich am nordischen Modell orientiert. Das bedeutet, dass Prostitution verboten ist, aber nicht etwa die Prostituierten bestraft werden, sondern Freier und Zuhälter. Dazu gehören auch Ausstiegsangebote und Ausstiegsmöglichkeiten für Prostituierte. Auch in diesen Ländern gibt es weiterhin Prostitution, aber sie ist deutlich weniger geworden. Deutschland dagegen, mit angeblich legaler Prostitution, ist zum Zentrum des Frauenhandels und des Prostitutionstourismus in Europa geworden. Auch deshalb werden hier immer weitere Prostitutionskapazitäten ausgebaut und die milieubedingten Probleme verstärkt.

Beim Thema Straßenstrich haben wir inzwischen eine breite und starke Allianz gebildet und wir sind überzeugt, auch hier werden wir Erfolge erzielen. Die Einrichtung eines Sperrbezirks muss dabei einhergehen mit einem Entwicklungskonzept für vernachlässigte Bereiche des Gebietes Killisfeld, um aus

Presseerklärung



dem Gesamtgebiet eine attraktive Arbeitsumgebung und ein lebenswertes Umfeld zu gestalten.

Ortsverwaltung, Ortschaftsrat, große Gemeinderatsfraktionen, eine starke Interessengemeinschaft der Firmen im Killisfeld, unser Oberbürgermeister, die Kirchen – einschließlich der Moscheen und jüdischen Gemeinde – und die Anwohnerinnen und Anwohner wollen das Gleiche.

Wir erwarten von den zuständigen Stellen, sich um die Beschwerden der Anwohnerinnen und Anwohner zu kümmern. Wir erwarten auch, dass sich die Behörden einen Überblick verschaffen über die Prostitution in Karlsruhe und wenigstens für die Einhaltung der vorhandenen gesetzlichen Vorgaben und Regeln sorgen.

Wir bleiben dran und machen weiter, damit wir in unserer Stadt gemeinsam etwas ändern.

Dr. Ulrike Schulte
Bürgerinitiative „Durlach gegen Prostitution“